Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe einzelner Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unsr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 291. **Mittwoch** den 17. October 1888. **82. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom **8. bis mit 14. dieses Monats** im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Litern stündlichem Consum das 17,6fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,435.

Leipzig, am 16. October 1888.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Bekanntmachung.

Von **Donnerstag** den **18. ds. Mts. ab** soll mit der Herstellung von Rohrverbindungen in der Nicolaistraße und dem Goldhahngäßchen begonnen werden.

In Folge dessen wird
das **Goldhahngäßchen**
auf die Dauer der etwa 5—6 Tage in Anspruch nehmenden Arbeiten vom angegebenen Tage an
für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, am 16. October 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.

IX. 8877. Dr. Georgi.

Hausgrundstücks-Vermiethung.

Das der hiesigen Stadtgemeinde gehörige, aus **Erdgeschoß** und **vier Stockwerken** bestehende **Hausgrundstück Klostergasse Nr. 2** (Stadt Berlin) soll **vom 1. Januar k. Js.** an gegen **einjährliche Kündigung** zum **Gastwirthschaftsbetrieb oder zu anderen Zwecken**

Freitag, den 19. dss. Mts.,
Vormittags 11 Uhr,

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, an den Meistbietenden anderweit **vermiethet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Saale liegen die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen, sowie das Inventarium des zu vermiethenden Hauses schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 9. October 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia. 6280. Heßler. Krambiegel.

Gesucht

wird **anderweit** der Geschäftsreisende
Julius Reinhold Fahlbusch
aus Naumburg,
welcher zu Unterhaltsbeiträgen für seine in städtischer Waisenpflege befindliche Tochter
Antonie Paula Fahlbusch
anzuhalten ist.

Leipzig, den 9. October 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)

A. R. IV. 2520. Ludwig-Wolf. Heinichen.

Bekanntmachung.

In unserer Verwahrung befindet sich ein **werthvoller Brillant**, dessen Eigenthümer bisher nicht zu ermitteln gewesen ist. Der Brillant ist einem Manne abgenommen worden, welcher ihn bei einem hiesigen Goldwaarenhändler zum Verkauf bringen wollte und auf Befragen angegeben hat, er habe den Stein vor ungefähr einem Jahre vor dem Eingange der Gohliser Actien-Brauerei auf der Straße gefunden.

Der Eigenthümer des Brillanten kann denselben, falls er im Stande ist, sich gehörig zu legitimiren, in unserer Criminalabtheilung in Empfang nehmen.

Leipzig, am 12. October 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

2790 Ia. Bretschneider. D.

Steckbrief.

Gegen den unten beschriebenen **flüchtigen Handelsmann (Trödler) Hermann Felgenbaum, geb. am 10./10. 1850 zu Jasty, zuletzt wohnhaft hier, Gartenstraße 23,** ist wegen Betrugs zum betrüglichen Bankrott Haftbefehl erlassen worden.

Es wird ersucht, denselben festzunehmen und in das nächste Amtsgerichts-Gefängniß abzuliefern.

Leipzig, den 15. October 1888.

Der Untersuchungsrichter bei dem Königlichen Landgerichte.
Rößler.

Beschreibung: 38 Jahre alt, schlanke Statur, dunkles, sonst schwarzes Haar, Vollbart von derselben Farbe, jüdischer Typus.

Teich-Verpachtung.

Die **Fischnutzung des hiesigen Anger- und bez. Gänse-Teiches** (zusammen — h 75,8 a — 1 Acker 111 □Rth. Fläche enthaltend) soll

Sonntag, den 21. October 1888,
Vormittags ½12 Uhr,

auf sechs Jahre, vom 15. März 1889 ab, unter den im Termin bekannt zu gebenden Bedingungen in der Expedition des unterzeichneten Gemeindevorstandes öffentlich verpachtet werden.

Liebertwolkwitz, am 8. October 1888.

Der Gemeinderath.
Dyck, Gemeinde-Vorstand.

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Grubenbesitzers **Otto Most** in **Oedles** ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichniß der bei der Vertheilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwerthbaren Vermögensstücke der Schlußtermin auf

den 12. November 1888, Vormittags 11½ Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgerichte hierselbst bestimmt.

Lützen, den 11. October 1888.

Schneider,
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Nichtamtlicher Theil.

Wilhelm I. und Friedrich III.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat in ihrer **Montagsausgabe** einen historisch wichtigen Artikel veröffentlicht, welcher über die politischen Meinungsverschiedenheiten Kaiser Wilhelm's I. und seines Sohnes interessante Aufschlüsse giebt und zugleich einen werthvollen Beitrag zur Geschichte des deutsch-französischen Krieges von 1870 bis 1871 liefert. Der Artikel dient zur Ergänzung des Immediatberichtes des Fürsten Bismarck an Kaiser Wilhelm II. in Sachen des von der „Deutschen Rundschau" veröffentlichten Bruchstückes aus dem angeblichen Tagebuche Friedrich's III. Wir erfahren aus dem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Kaiser Wilhelm und seinem Sohne schon im Jahre 1863 scharf zum Ausdruck gekommen sind und daß sie sowohl die auswärtige als die innere Politik betrafen. In der auswärtigen Politik wurde der Gegensatz zwischen Vater und Sohn dadurch bewirkt, daß Kaiser Wilhelm zur russischen Politik hinneigte, während Kronprinz Friedrich Wilhelm eine besondere Vorliebe für die englischen Beziehungen zeigte. Derartige Meinungsverschiedenheiten ließen sich im Hause Hohenzollern bis auf die Zeit des Kurfürsten Georg Wilhelm, des Vaters des Großen Kurfürsten, in allen Generationen nachweisen, sie sind natürlich und in der monarchischen Staatsform begründet, welche ein starkes Hervortreten der Persönlichkeit des regierenden Fürsten bedingt.

Im Jahre 1870 bestand eine Hauptmeinungsverschiedenheit zwischen König Wilhelm und seinem Sohne darin, daß jener mit seinem Rathgeber Bismarck die Gefahr einer möglichen Einmischung des neutralen Europas in den deutsch-französischen Streit von vornherein in Erwägung zog, während eine derartige Besorgniß an die politischen Freunde des Kronprinzen niemals herangetreten ist. Daraus ergab sich dann auch, daß sie auf Verständniß der Vorgeschichte begründete Erwägungen der Gefahren nicht angestellt haben, welche einer Zukunft deutscher Neubildung drohten, sobald sie nicht auf vollem Einverständniß aller zum Mitsprechen geschichtlich und militairisch berechtigten deutschen Elemente beruhte. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" formulirt dann den Kern ihres Artikels in folgendem Satze: „Ein deutsches Reich, welches in der freiwilligen Mitwirkung aller Stämme und Dynastien, wie sie sich auf dem letzten Reichstage bethätigt hat, die feste Basis der Einheit fand, wäre schon durch den Verdacht gewaltthätiger Pression gegen Bundesgenossen unmöglich geworden, und der latente Bürgerkrieg, das Weltenthum, übertragen auf 10 Millionen süddeutscher Landsleute, würde das Ergebniß einer unehelichen Gewaltthat gewesen sein. Aus ihr hätte eine nationale Entwickelung des Kaiserthums niemals hervorgehen können, selbst wenn die Gewaltthat gelungen wäre. Die Behauptung, daß Kaiser Friedrich den in dieser Richtung liegenden Gedanken ernstlich Audienz gegeben habe, tritt in den Auszügen des Tagebuchs zum ersten Male unter Berufung auf urkundlichen Beweis in die Oeffentlichkeit."

Auch der Immediatbericht des Fürsten Bismarck an den Kaiser Wilhelm II. vom 23. September schenkt dieser Behauptung keinen Glauben, weil Verrath an Bundesgenossen sich mit den Charaktereigenschaften Kaiser Friedrich's nicht vertragen hätte. Wenn Kaiser Friedrich länger regiert hätte, würden die Anhänger der Partei, welche ihn mit besonderer Vorliebe als einen der Ihrigen bezeichnen, eingesehen haben, daß sie im Irrthum waren, mit den Grundsätzen, die sie dem damaligen Kronprinzen unterschieben wollten, vermöge ein König von Preußen und deutscher Kaiser nicht zu regieren, und wenn er den Thron bestiegen, müßte er sich bald überzeugen, daß es so nicht gehe.

Die Tendenz des Artikels der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" scheint dahin zu gehen, den Mangel an politischem Verständniß, welcher die Fortschrittspartei schon zur Zeit des Conflicts wegen der Militairreorganisation in Preußen im Anfange der sechziger Jahre bewiesen hat, als auch für die Zeit des deutsch-französischen Krieges noch vorhanden darzuthun. Von den vielen theoretischen Rathgebern, welche sich damals unberufen an den Kronprinzen Friedrich Wilhelm herandrängten, sei auch nicht ein einziger gewesen, welcher das Wesen der politischen Lage erkannte; weder sei ihnen die Gefahr zum Bewußtsein gekommen, welche dem deutschen Einheitswerk von außen drohte, noch hätten sie eine klare Vorstellung von den Bedingungen gehabt, unter welchen das Werk allein zu Stande kommen konnte. Nicht von England, welches mit Frankreich liebäugelte, sei eine Unterstützung der berechtigten Forderungen Preußens und Deutschlands an Frankreich zu erwarten gewesen, auch nicht von den übrigen Großmächten, welche die Aufrichtung eines compacten deutschen Reiches in seiner heutigen Gestalt nicht wünschen konnten, sondern Rußland allein hatte ein Interesse daran, Deutschland in der Verfolgung seiner Pläne und der wahlverdienten Einheimsung des Siegespreises nicht zu stören, weil es die Gelegenheit benutzen wollte, sich das ihm durch den Pariser Frieden vom 31. März 1856 verschlossene Schwarze Meer wieder zu eröffnen. Für derartige Erwägungen konnten natürlich Leute nicht zugänglich sein, welchen die politische Freiheit eines Landes als einziger Gradmesser für seine Bündnißfähigkeit galt.

Wie Oesterreich-Ungarn im Jahre 1870 gegen Preußen und Deutschland gesonnen war, läßt sich daraus ermessen, daß Graf Beust den Gedanken einer französischen Bundesgenossenschaft in Betracht zog. Die Siege von Wörth und Spicheren schnitten allerdings alle weiteren Erwägungen dieser Art ab. Englands Meinung ließ sich aus seinem Proteste gegen die Beschießung von Paris entnehmen, es kam also nur darauf an, das Einverständniß der Mächte zu hindern, das war weit wichtiger, als die süddeutschen Bundesgenossen durch allzu heftiges Drängen für das Einheitswerk zu gewinnen oder ihnen gar die Pistole auf die Brust zu setzen, damit sie einen gründlichen Widerwillen gegen die Einheit gewännen, die in die richtige Form gebracht, nur ihren nächstliegenden Interessen entsprach.

Wie richtig die Politik war, welche in dem Jahre 1870 und 1871 im deutschen Hauptquartier triumphirte, ist aus ihren Wirkungen zu entnehmen. Die Mächte, welche damals den Erfolgen der deutschen Waffen verdrossen zuschauten, haben sich später davon überzeugt, daß ihnen diese Siege keine Gefahr brachten und sind deshalb bereitwillig auf die Bündnißvorschläge des deutschen Reiches eingegangen oder stehen wenigstens mit ihnen in freundschaftlichen Beziehungen. Die deutsche Einheit selbst ist in einer Gestalt zu Stande gekommen, welche allen Betheiligten genehm ist. Sie beruht auf der freiwilligen Mitwirkung aller deutschen Stämme und Dynastien, wie sie auf dem letzten Reichstage hervorgetreten ist. Am 25. Juni haben alle deutschen Fürsten sich freudig als Bundesgenossen bekannt, und der deutsche Reichstag hat die Thronrede einstimmig als den Ausdruck der Wünsche aller Abgeordneten anerkannt. Wir haben zwar kein Fürstenhaus und keine verantwortlichen Reichsminister, aber die Bundesverfassung hat sich dennoch als jederzeitig und zweckentsprechend bis auf den heutigen Tag bewährt.

Daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Friedrich bestanden, lag in den Verhältnissen begründet. Diese Meinungsverschiedenheiten sind aber zum Theil schon im Jahre 1870 ausgeglichen und von der meinungerechten Seite als Irrthümer erkannt worden. Nichtsdestoweniger nehmen die Deutschfreisinnigen den verewigten Kaiser Friedrich als den Ihrigen in Anspruch, während doch nur die allzu kurze Dauer der Regierung Kaiser Friedrich's der Kurzsichtigkeit der Partei als Grundlage dient. Lebte Kaiser Friedrich heute noch, so würden die Deutschfreisinnigen längst erkannt haben, daß die Kluft zwischen ihren Vorstellungen und den Thatsachen unausfüllbar war.

* * *

* Wir verzeichnen nachstehend den Wortlaut dieser hochbedeutsamen Kundgebung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung":

Es liegt in den demokratischen Tendenzen, den Kaiser Wilhelm I. und Kaiser Friedrich III. nach Möglichkeit zu verschmelzen, damit die Politik des Ersteren unter der Betrachtung, die von Lichte seines Nachfolgers aussehe, beurtheilt werde. Die Politik beider Herren ist aber bei ihren Lebzeiten niemals eine übereinstimmende gewesen. Es war die natürliche Consequenz des monarchischen Princips, daß jeder Träger der Krone seine persönliche Auffassung in Regierungsacten zum Ausdruck bringt. Diese Thatsache ist, wie in früheren Jahrhunderten, so auch zwischen dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm und dem Kaiser Wilhelm zum Ausdruck gekommen. Nachdem der Prinz-Regent als König die conservative Richtung seiner Vorgänger wieder aufgenommen hatte, ist die persönliche Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und seinem Herrn Sohn schärfer zum Ausdruck gekommen, am prägnantesten in den Vorgängen, die sich an den Besuch des Kronprinzen in Danzig im Jahre 1863 knüpften. Aber nicht nur in der inneren Politik, vielleicht noch constanter war dies der Fall in der auswärtigen, und würde sich bei längerem Leben des Kaisers Friedrich gerade diese Verschiedenheit noch schärfer ausgeprägt haben. Ueber die Hinneigung Kaiser Wilhelm's I. zur russischen Politik besteht kein Zweifel, über die Vorliebe Kaiser Friedrich's für englische Bestrebungen ebenso wenig. Beim Eintritt der Inkompatibilität zwischen der russischen und englischen Politik nahmen beide Richtungen ihre Richtung finden können; sie blieben aber unvereinbar, so lange die Interessen Rußlands und Englands divergirten. Es ist deshalb in der auswärtigen Politik ebenso wenig, wie in der inneren möglich — namentlich vom monarchischen Standpunct aus ist es ganz unmöglich —, die Politik des Kaisers Wilhelm und die des Kaisers Friedrich zu harmonisiren. Der Letztere war zur Zeit des französischen Krieges jung 40 Jahre, also in einem Alter, wo man seine eigene und entschiedene Meinung hat. Diese war nicht die seines Herrn Vaters. Es ist also auch nicht zu verwundern, daß ein volles Einverständniß und das auf einem solchen beruhende Maß von gegenseitiger Mittheilung zwischen beiden hohen Herren über auswärtige Politik damals noch weniger stattfand, wie über die durch den Krieg in den Hintergrund gedrängte innere. Diese Thatsache ist eine menschlich und politisch vollkommen natürliche und berechtigte, und nur in den Kreisen befremdend, wo man überhaupt den Verstärkten und Anregungen der Politik im Großen aus Mangel an Nachdenken und an historischem Wissen vollständig fremd ist. Das „Glas Wasser" im Sinne der englischen Politik der Königin Anna hat in Preußen bei der Gewissenhaftigkeit seiner Regenten niemals eine Rolle spielen können, aber verschiedene Meinungsverschiedenheiten über politische Grundsätze im Inneren und im Aeußeren wirken bei der männlichen und gewissenhaften Natur der Mitglieder unseres königlichen Hauses doch hinreichend stark, um die Uebereinstimmung des Thronerben mit dem regierenden Herrn zu hindern oder zu unterbrechen. Ein Rückblick auf die Geschichte des brandenburgischen Kaiserhauses von der Zeit des Kurfürsten Georg Wilhelm und seines großen Sohnes bis auf die heutigen Tage liefert in jedem seitdem vergangenen Menschenalter Beweise von Differenzen zwischen den Ueberzeugungen der Thronerben und der regierenden Fürsten. In der Anwendung dieser geschichtlichen Auffassung auf die Situation in Versailles in den Jahren 1870/71 wird eine historisch klare Beurtheilung vielleicht nur durch eine spätere Generation möglich sein, weil die gegenwärtige mit der abfärbenden noch zu sehr verschmolzen ist, um eine rückhaltlose Offenheit zu vertragen. Zur Richtigstellung der zeitgenössischen Ansichten glauben wir nur auf eine Seite der Sache aufmerksam machen zu sollen, die in allen bisherigen historischen Beurtheilungen unserer Ansicht nach nicht zu ihrem Rechte gekommen ist; es ist das die Gefahr, welche den deutschen Interessen drohte, wenn 1870 die Neutralen, also das „Europa", welches Herr v. Beust vermißte, in dem deutsch-französischen Streit intervenirt wären. Die Möglichkeit dazu lag vom Beginn des Krieges an vor, und die Vermeidung der Einmischung und den deutschen Siegen scheiterte nur an dem Mangel an Einverständniß zwischen den großen Mächten. Wir glauben kaum, daß eine der letzteren zur Intervention geneigt gewesen wäre, wenn Deutschland Niederlagen erlitten hätte und zu einem nachtheiligen Frieden genöthigt gewesen wäre. Die Abneigung aber, Deutschland die volle Frucht der Siege seiner Heere pflücken zu sehen, war ziemlich allgemein; den außerdeutschen Mächten war die volle Consequenz der deutschen Siege, die Herstellung eines compacten deutschen Reiches nämlich, wie es heute besteht, keine erwünschte. Die Möglichkeit der Einmischung der Neutralen, ja die Wahrscheinlichkeit derselben wurde von der deutschen Diplomatie sofort ins Auge gefaßt, nachdem die ersten deutschen Siege die Möglichkeit eines vortheilhaften Friedensschlusses in Aussicht zu nehmen erlaubten. Diese Einmischung konnte von den Schlachten von Wörth und Spichern bis zum Abschluß mit Frankreich im Januar 1871, und selbst nach dem letzteren an jedem Tage eintreten, um Deutschland in seinem Siegeslauf und in dessen Ausnutzung zu hemmen und vor die Nothwendigkeit neuer europäischer Kämpfe zu stellen, bevor irgend ein Ergebniß seiner blutigen Siege sicher gestellt werden konnte. Die Besorgniß vor neutraler Einmischung, welche damals den Kaiser Wilhelm und seinen politischen Rathgeber nothwendig erfüllen mußte, ist an die politischen Freunde des damaligen Kronprinzen nicht herangetreten. Dieselben haben sich von der Möglichkeit eines europäischen Veto niemals Rechenschaft abgelegt. Ebenso wenig fand unter ihnen eine auf Verständniß der Vorgeschichte begründete Erwägung der Gefahren Platz, welche eine Zukunft deutscher Neubildung bedrohen würden, die nicht auf vollem Einverständniß aller zum Mitsprechen geschichtlich und militairisch berechtigten deutschen Elemente beruht haben würde. Unter den Rathgebern, welche sich damals unberufen an den Ohren der deutschen Kaiserherrlichkeit drängten, befanden sich viele theoretische, aber kaum ein praktischer Politiker, es wäre sonst unmöglich gewesen, für den Fall des Widerstrebens der süddeutschen Staaten gegen den Eintritt in den norddeutschen Bund Gewaltmaßregeln nicht nur gegen die Fürsten, sondern auch gegen deren Streitkräfte in Frankreich überhaupt zu discutiren. Ein deutsches Reich, welches in der freiwilligen Mitwirkung aller Stämme und Dynastien, wie sie sich auf dem letzten Reichstage bethätigt hat, die feste Basis der Einheit fand, wäre schon durch den Verdacht gewaltthätiger Pression gegen Bundesgenossen unmöglich geworden und der latente Bürgerkrieg, das Weltenthum übertragen auf 10 Millionen süddeutscher Landsleute, würde das Ergebniß einer unehelichen Gewaltthat gewesen sein. Aus ihr hätte eine nationale Entwickelung des Kaiserthums niemals hervorgehen können, selbst wenn die Gewaltthat gelungen wäre. Die Behauptung, daß Kaiser Friedrich den in dieser Richtung liegenden Gedanken ernstlich Audienz gegeben habe, tritt in den Auszügen des Tagebuchs zum ersten Male unter Berufung auf urkundlichen Beweis in die Oeffentlichkeit.

Es ist eine wunderliche Erscheinung, daß gerade die bisherigen Gegner monarchischer Einflüsse über nur aus dem Kampfe gegen alles „Bestehende" hervorgehende Gegnerschaft mit dem Namen eines Monarchen, dem des Kaisers Friedrich, zu decken benutzt sind. Sie glaubten offenbar, an diesem Herrn die Eigenschaften gefunden zu haben, welche alle Gegner des Bestehenden stets an einem Monarchen zu schätzen wissen. Daß sie sich auch in Bezug auf Kaiser Friedrich hierin im Irrthum befanden, würde ihnen klar geworden sein, wenn diesem Herrn eine längere Regierung von Gott beschieden worden wäre. Nur die Thatsache, daß diese Regierung so kurz war, setzt die Reichsleitung in den Stand, die Behauptung aufzustellen, daß dieselbe ihnen eine Handhabe geboten haben würde, den Bestand des Reiches zu erschüttern. Die Fortsetzung der Regierung des dahingeschiedenen Herrn würde sie ebenso wie die Ergebnisse der Entwickelung von 1858 bis 1862 überzeugt haben, daß ein König von Preußen und ein deutscher Kaiser mit den Grundsätzen, die sie dem damaligen Kronprinzen unterschieben wollten, nicht zu regieren vermag, und wenn er den Thron besteigt, sich bald überzeugt, daß es so nicht geht.

Wir resumiren unsere Auffassung dahin, daß es eine unehrliche Argumentation ist, wenn die reichsfeindlichen Organe auf der Thatsache, daß im Jahre 1870/71 — und auch vorher und nachher — die politischen Ueberzeugungen des Kaisers Wilhelm I. und die des damaligen Kronprinzen nicht übereinstimmten, und daß in Folge dieses Dissenses ein regelmäßiger und eingehender Meinungsaustausch zwischen beiden Herren und ihren Rathgebern unterblieb, irgend welche politischen Consequenzen ziehen wollen. Die Thatsache der Nichtübereinstimmung und des Mangels an eingehendem Meinungsaustausch über innere und auswärtige Fragen zwischen Kaiser Wilhelm und seinem Herrn Sohne ist eine geschichtlich zweifellose. Daß dieselbe ihren Ausdruck in den politischen Geschäften der Zeit gefunden hat, ist natürlich und entspricht der Bedeutung, welche die Persönlichkeit eines Mitgliedes eines königlichen Hauses und insbesondere die des Thronerben im monarchischen Staat hat.

Leipzig, 17. October.

* Mit jedem Tage tritt (so schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung") die hohe Bedeutung, welche dem Besuche unseres Kaisers in den Hauptplätzen des europäischen Lebens innewohnt, in hellere Erscheinung und prägt sich in all' den Kundgebungen aus, mit welchen unser Herrscher von Fürsten und Völkern begrüßt wird. Es ist selbstverständlich, daß bei uns im Heimathlande all die Huldigungen, die unserem Kaiser in der Fremde dargebracht werden, den mächtigsten Widerhall finden; als hoch erfreuliches Zeichen der in ganz Deutschland emporflammenden patriotischen Begeisterung begrüßen wir einen Antrag des **Berliner Magistrats an die Stadtverordneten-Versammlung**, welcher eine großartige Huldigung der Hauptstadt des deutschen Reiches für ihren auf der Fremde heimkehrenden Kaiser vorbereitet. Der Antrag lautet:

Im Laufe dieses Monats wird Se. Majestät der Kaiser und König von den Besuchen, welche Allerhöchstderselbe den befreundeten Souveränen gemacht hat, heimkehren. Festen sind durch diese Besuche die Bande geschlungen, welche die den Frieden schützenden Mächte verbinden. Verständnißvoll haben die Völker die Bedeutung dieser Reise erkannt. Jubelnd haben sie diesseits und jenseits der Alpen unseren Kaiser begrüßt. Dem heimkehrenden Herrscher unserer Freunde über diese Erfolge auszusprechen, wird den Stadtverordneten wie uns ein Herzensbedürfniß sein. Mit solcher Begrüßung beabsichtigen wir die Darbringung eines Huldigungsgeschenkes zu verbinden. Bei der Wahl war für uns ein Wunsch Se. Majestät des Kaisers maßgebend, der dahin geht, den monumentalen Brunnen, für welchen der Professor **Reinhold Begas** im Auftrage des Staates das Modell geliefert hat, zur Ausführung gebracht zu sehen. Mit Rücksicht auf diesen Allerhöchsten Wunsch und, da der Staat bereit ist, jenes Modell der Stadt zur Ausführung zu überlassen, beantragen wir, zu beschließen:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ist damit einverstanden, Se. Majestät den Kaiser und König nach der Rückkehr durch eine Deputation zu begrüßen und in der zu überreichenden Adresse die Bereitwilligkeit der Stadt auszusprechen, einen monumentalen Brunnen nach dem von dem Professor Reinhold Begas entworfenen Modell zu errichten und zu unterhalten."

„Jubelnder Zustimmung der Bevölkerung Berlins (bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung") kann dieser ebenso von würmstem Patriotismus als verständnißvoller Kunstliebe zeugende Beschluß der Vertreter unseres Gemeinwesens, das sich mit Stolz das Herz Deutschlands nennt, sicher sein." (Siehe den Artikel „Zur Lage". D. Red.)

* In der Sitzung des Reichstags vom 20. März d. J. wurde bekanntlich einstimmig der Antrag angenommen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag in dessen nächster Session eine Vorlage behufs Errichtung eines Denkmals des hochseligen Kaisers Wilhelm, des Gründers des deutschen Reichs zu machen. Wie die „Berliner Politischen Nachrichten" melden, haben auf Grund dieses Beschlusses, welchem der Bundesrath beigetreten ist, Vorbesprechungen zwischen den Einzelregierungen bereits stattgefunden und sind die diesbezüglichen Verhandlungen so weit gediehen, daß 16. dss. im Reichsamt des Innern unter Vorsitz des Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Staatsministers v. Bötticher eine Conferenz zusammentreten wird, zu welcher die einzelnen Bundesregierungen Delegirte entsandt haben. Es sind dies die Herren Professor Begas, General-Major Müller, Professor Thiersch, Prof. Riemann, Ober-Baurath Stübel, Geheimer Rath Rümelin, Ober-Baurath von Leins, Dombere Schneider, Geh. Rath v. Treitschke, Architekt Halle, Baurath Heyden, Baurath Professor Ende, Bildhauer Donndorf, Ober-Kammerherr v. Alten, Geheimer Ober-Regierungsrath Jordan, Professor Kaulbach, Professor Lipsius, Professor Götz, Geheimer Baurath Wagner, Senator Römer, Professor Becker und Dr. Dehm. Die nächste Aufgabe der Conferenz dürfte es sein, die Anträge, betreffend die Ausschreibung der Concurrenzen, vorbereiten zu helfen, welche dem Bundesrathe und Reichstage zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen.

* Zu den bereits erwähnten Gerüchten über den angeblich bevorstehenden Rücktritt des preußischen Justizministers von Friedberg treten jetzt auch Meldungen, welche die Wahl seines Nachfolgers betreffen; einem Berliner Berichterstatter zufolge soll der Staatssecretair im Reichs-Justizamt, Dr. von Schelling, als solcher ausersehen sein.

* Ein von der „Daily News" veröffentlichtes Schreiben der Kaiserin Friedrich an Mackenzie wird von Letzterem als echt bezeichnet mit dem Bemerken, daß er es vor 6 Wochen empfangen habe. Er habe, fügt Dr. Mackenzie hinzu, mit Erlaubniß der Kaiserin den Brief mehreren Personen gezeigt, aber niemals die Anfertigung einer Abschrift gestattet. Er könne sich daher nicht erklären, wie eine Abschrift in den Besitz der „Daily News" und verschiedener Provinzialblätter gelangt sei. Eben so wenig könne er ver-